

Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Luisenstraße 44 · 10117 Berlin

An die Parteivorsitzenden der SPD
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstraße. 44, 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 240 87 - 100
Telefax: 0 30 / 240 87 - 105

Astrid Hamer
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär

Berlin, 17. März 2025

Sehr geehrte Frau Esken,
Sehr geehrter Herr Klingbeil,

die SPD hat eine lange, stolze Geschichte als Arbeiterpartei. In der Wirtschaftskrise kurz nach der Jahrtausendwende hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit den mutigen Weichenstellungen der Agenda-Reformen Millionen Bürger in Beschäftigung gebracht und die deutsche Wirtschaft wieder zurück auf einen langjährigen Wachstumskurs geführt. In der gegenwärtigen, noch tieferen Wirtschaftskrise ist die Verantwortung der Sozialdemokraten für Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort umso mehr gefordert. Wir rufen die Verhandlungsführer der SPD dazu auf, der Union in einem Pakt für Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort die Hand zu reichen, Arbeitsanreize zu stärken und die Lohnkosten einschließlich der Lohnzusatzkosten im Zaum zu halten. Ihre eigenen, erfolgreichen Agenda-Reformen der Nullerjahre liefern hierfür die Blaupause.

In der aktuellen Situation erfordert der Arbeitskräftemangel umso mehr die Aktivierung des Potenzials Arbeitsloser. Hierzu führt an der konsequenten Sanktionierung unkooperativer Transferempfänger kein Weg vorbei. Wenn hierdurch 500.000 ehemalige Transferempfänger in Arbeit gelangten, ersparte dies den öffentlichen Haushalten nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Ausgaben von 4 Milliarden Euro jährlich. Nach anderen Kalkulationen, unter Berücksichtigung zusätzlicher Sozialversicherungs- und Steuereinnahmen, könnte der Vorteil für die öffentlichen Haushalte sogar bei 15 Milliarden Euro jährlich liegen.

Dem alten Agenda-Prinzip des Forderns und Förderns entsprechend muss, gleichzeitig zu einer stärkeren Sanktionierung, auch die Erwerbsarbeit attraktiver werden. Keinesfalls dürfen die Rentenbeiträge aus dem Ruder laufen! Der ehemalige SPD-Parteivorsitzende und Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, hatte hierfür eine Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre durchgesetzt. Nun, knapp eine Generation später, wäre entsprechend der zwischenzeitlich gestiegenen Lebenserwartung ein Beschluss für eine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze der Königsweg. Sollten sich Union und SPD hierauf nicht einigen können, wäre aber das Allermindeste, keine weiteren Belastungen für die Rentenbeitragszahler zu beschließen.

Attraktive Löhne müssen sich am Markt bilden, ein politisch verordneter Lohnkostenschock dagegen zerstört Arbeitsplätze und Wohlstand. In diesen Zeiten, in denen die deutschen Unternehmen mit ihren Kosten nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wäre eine abermalige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf dann 15 Euro geradezu verheerend. Dann wären es noch mehr Arbeitsplätze, die sich nicht mehr rechnen und deshalb gestrichen werden müssten. Individuelle und gesamtwirtschaftliche Wohlstandsverluste wären die Folge. Statt einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes gilt es, die Tarifautonomie zu stärken und die Lohnfestsetzung den Tarifvertragsparteien zu überlassen – auch das wäre gute sozialdemokratische Tradition!

Mit freundlichen Grüßen



Astrid Hamker
Präsidentin



Wolfgang Steiger
Generalsekretär